

Saale-Beitung.

Eichensundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Sachverständigen...

Erscheint täglich zweimal...

Schriftleitung und Druck-Geschäftsstelle...

Bergpreis

Bei Halle biereigentlich bei...

Am amtlichen Bergpreis-Büreau...

Sie unterstehen eingehende...

dem Vorstand der Gesellschaft...

Mr. 296.

Halle, Freitag, den 27. Juni

1913.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden unausgesetzt von allen Postanstalten...

Der Lössberg-Tunnel.

Zur Eröffnung am 28. Juni 1913.

Am Sonnabend wird der neue Schweizer Tunnel durch den Lössberg eröffnet.

Fünf Jahre lang haben 4000 Arbeiter an dem gewaltigen Werk geschuftet! Am 31. März 1911 erfolgte der Durchschlag...

Die Technik feiert wieder einmal einen Triumph, der das bisher in der Schweizer Bergbau-Geschichte...

der Vorsprung des mächtigen Konkurrenten eingeholt. Mit der ganzen ersten Schweizer Zügigkeit hat der Kanton Bern unter außerordentlichen Kosten und Opfern diese Bahn...

Die Lössbergbahn ist die erste große Tunnelbahn, die nicht nur auf einzelnen Strecken, sondern auf ihrer ganzen Länge elektrisch betrieben wird.

Ganz am Horizont der Zukunft taucht bereits die große französische Konkurrenz, die Durchtunnelung des Mont Blanc auf, zur Schaffung einer abgekürzten Weststraße Paris-Genoa oder England-Indien.

nisterium der öffentlichen Arbeiten hat diesen Plan bereits sachmännlich untersucht lassen.

Die neue Prüfungsordnung für die preussischen Juristen.

In einem Aufsatze der „Frankf. Ztg.“ unterzieht ein Fachmann die neue Prüfungsordnung für Juristen in interessanten Punkte einer Betrachtung.

Das Bestreben, die speziell juristische Wissenschaft auf eine zeitgemäße Art in Einklang zu bringen...

Feuilleton.

Gustav Freytags Briefe an Alfred v. Stosch.

Ein Buch, das Aufsehen erregt hat.

Es loben bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erschienen. Es sind die Briefe Gustav Freytags an Alfred v. Stosch...

Wiesbaden, 27. Juni 1890.

... Was Sie über die „Ehre“ schreiben, ist ganz nahe an meiner Meinung. Nur daß einer von Handwerker härtere Empfindung für das merkwürdige Gelingen in Führung der Charaktere und Zurückführung der Szenen hat.

Wünschen in die ungelunden Zustände ihrer Familien bekehrt usw.

Bovens Schilderung Friedrichs III. Wilhelms III. ist so genau und schön, daß sie den Eindruck der Wahrheit erregt.

Ich habe mich in diesen Tagen mit einem treuen Mann, Wilhelm Scherer, der zu früh verstorben ist, über dessen Biographie mir zugestrichelt wurde, beschäftigt.

Von Herzen wünsche ich, daß Gustav v. Stosch sie erhalten bliebe, aber ich fürchte, auch um ihn ziehen sich Kaiserwolken zusammen...

Eisleben, 26. August 1890.

... So narnt uns das Schicksal, und doch bleibt uns nichts weiter übrig, als nach Pflicht und Meinung für unser Volk zu einzustehen, wie die Aemlein, die große Fügung irdischer Dinge der Fabel, der unsere Gänge schonungslos zertrübt.

Ich habe hier mit meinem Knaben im Frieden des Dorfes, dem leider eine gute Ernte ertrug. Es sieht nicht an Bewegung. Einen Tag war ich in Reinhardtstrun, hat den Herzog, über den letzten Besuch bei Bismard, hat mich referenziert nach seinen Worten. Ursache des Konfliktes

eine Einzelheit, sondern der Kampf um die Herrschaft. Als ich ungeladen nach Berlin kam, lagte der Kaiser folgende: „Du kommst wegen Bismard. Es ist mir ganz recht, geh hin, verhalte, was du vermagst, denn so, wie es ist, kann es nicht bleiben.“

Dreibund und Balkan.

Das in Rom erscheinende Blatt „Tribuna“ bestreitet die anderwärts aufgetauchte Behauptung, daß Österreich Ungarn und Italien in der Sitzung der Londoner Großmächtevereinigung vom 1. Juli erklärten würden, daß sie sich zurückziehen, wenn eine nachdringliche Erklärung bezüglich der „Tribuna“ erfolgt, daß der Dreibund in allen Fragen, die auf der Großmächtevereinigung behandelt würden, ein Ziel und bleibe; man müßte dann also in jedem Falle von einer Exception des ganzen Dreibundes sprechen. Zwei Fragen harrten noch ihrer Lösung, nämlich die der Einreise von Koriza, die nicht als schwerwiegend zu betrachten ist, und die Frage der von Italien besetzten Megalische Inseln, an die man noch nicht herangetreten sei. Italien habe bereits erklärt, es gräde nicht an den Beratungen über die von Italien besetzten Megalischen Inseln sich beteiligen zu können, da diese einen Gegenstand des Vertrages von Lausanne bilden. Wenn nun Italien den Verhandlungen über einen Punkt in der Londoner Konferenz fernbliebe, so würde es keineswegs bedeuten, daß Italien oder einer seiner Verbündeten die Absicht habe, sich von dem europäischen Konzert zu trennen. Italien sei im Gegenteil mehr wie jemals von der Stabilität überzeugt, daß die Großmächte arbeiten, um den Frieden in Europa wiederherzustellen.

Bulgarien wartet.

Der bulgarischen Regierung sind Nachrichten zugegangen, nach denen die serbische Hauptstadt dem neuen Kabinett Boshtich das Vertrauen ausgesprochen dürfte. Dadurch wäre eine friedliche Lösung des Konfliktes wahrscheinlich geworden. Die bulgarische Regierung beschäftigt infolge dieser Nachrichten noch zwei oder drei Tage zu warten. Wenn der russische Schiedspruch dann folgt, würde Bulgarien eventuell auf die Einsetzung eines Kondominiums verzichten. Sollte der Schiedspruch sich aber verzögern, dann würde man auf dem Kondominium in den kritischen Gebieten bestehen.

Einig ist es allerdings sehr mit dem Schiedspruch; denn die „Verbündeten“ werden immer handgreiflicher gegeneinander. Die Wiener Neue Freie Presse meidet aus Sofia: In der Nähe von Widin kostete eine ungefähr 60 Mann zählende serbische Kavallerieabteilung über den Timokfluß, um die bulgarische Stellung zu umgegliedern. Die Bulgaren ließen sie herantommen und umgingen sie. Die Serben wurden bis auf den letzten Mann niedergeschossen.

Wörtlich können wir das zwar kaum glauben, meinen jedoch, daß das Blutergießen nun endlich aufhören dürfte. Denn genügend Menschenleben hat der Krieg schon gekostet.

Weber die Verluste Montenegro.

Im Balkangebiet ist man vielfach im unklaren geblieben, zumal der letzte Sturm auf Sturari, der angeblich so große Verluste verursacht hatte, in Wirklichkeit beinahmlich Opfer nicht gefordert haben soll. Der „Katob“, der in Serajewo erscheint, teilt nunmehr, wie er besonders betont, die authentischen Verluste der Montenegro mit, die sie im Balkantrüge erlitten haben sollen. Danach wurden im ganzen 84 Offiziere und 2790 Mannschaften getötet, während 215 Offiziere und 8488 Mann verwundet wurden. Der wirkliche Verlust durch die Kriegsmaschine des Gegners würde demnach 290 Offiziere und 11228 Mann betragen, mithin etwa ein Drittel der Gesamtstärke des montenegrinischen Heeres ausmachen, bis alles in allem etwa 33 000 Mann bis 35 000 Mann betragen haben soll. Der Abgang an Krankeheiten, der sich auf 7 Offiziere und 151 Mann beläuft, ist verhältnismäßig gering, während die Zahl der frankten Offiziere (63) und der frankten Mannschaften (4290) ziemlich hoch ist. Jedenfalls darf man nach diesen Angaben sagen, daß die Annahme, die Montenegro hätten die Hälfte ihrer Armee in dem Feldzuge verloren, nicht zutrifft.

Der französische Besuch in England.

In London hatten Minister Wilson und Botschafter Paul Cambon Donnerstag nachmittag mit Sir Edward Grey und Wilson eine lange Unterredung, die am Abend in Gegenwart des britischen Kabinetts fortgesetzt wurde. In dieser Unterredung soll die Lage auf der Balkanhalbinsel nach allen Seiten geprüft worden sein. Man hat angeblich verschiedene Mittel ins Auge gefaßt, die geeignet wären, Rußland in der von ihm übernommenen schiedsgerichtlichen Aufgabe zu unterstützen. Alle Fragen, die einer Erörterung unterzogen worden seien, könnte man in drei Gruppen teilen: 1. rein französisch-englische Detailfragen, wie z. B. Abänderung der ägyptischen Kapitalisation; 2. Fragen der allgemeinen Politik, deren Prüfung abermals die vollständige Uebereinstimmung der Auffassung der beiden Regierungen ergeben habe und 3. Mittel und Wege, um das Zusammenwirken der beiden Regierungen enger und wirksamer zu gestalten.

Diese aus französischer Quelle stammende Nachricht klingt recht erfreut, wir aber wesentlich abgesehenwärtig die Tatsache, daß die englische liberale Regierungspresse fortfährt, Rußland mit vorsichtiger Skepsis zu behandeln und vor behaupten und Vorurteilen zu erinnern, daß die Entente Cordiale nur solange einen Wert für sich behauptet, als sie keine Spitze gegen eine dritte Macht faßt.

Von einer Sir Edward Grey nachdenklichen Persönlichkeitsworte wurde sogar erzählt, daß in London keinerlei positive Vereinbarungen von Bedeutung getroffen werden, weil der Krieg auf dem Balkan eine völlig neue Situation geschaffen habe, die einen Zwischenfall in der Triple-Entente verursacht habe. Die Bedeutung dieses Zwischenfalls lasse sich nach nicht übersehen. In der asiatischen und englischen Interessen in mehrfachen Hinsicht gegenüber, ebenso die englischen und russischen Interessen. Man müßte die Fragen erst ausreizen lassen, bevor man ihre Lösung verhindern könne. — Viel bemerkenswert ist die durchaus ruhige Haltung der deutschen Presse; diese Haltung wird als ein Beweis der jetzigen guten Beziehungen zwischen England und Deutschland angesehen.

Deutsches Reich.

Einkommensgrenze für den Wehrbeitrag.

Der Wehrbeitrag ist bekanntlich nach den Kommisionsbeschlüssen zweiter Lesung nicht mehr eine Vermögenssteuer

Wiesbaden, sowie für die Pfalz und die Schweiz besondere Ortsverbände best. Zu den untererhöhten Mitgliedern der Anstalt gehören neben dem Prinzregenten von Bayern die Könige von Sachsen und Mecklenburg, die Herzogin von Oldenburg und selb. Das Reich, sowie die Könige von Anhalt, Verleger von Zeitungen in allen Teilen des Reiches und journalistische und Schriftstellervereinigungen, darunter der Verein Deutscher Zeitungsverleger in Hannover, der Verein „Berliner Presse“, der Verein Berliner Journalisten, der Verein „Dresdener Presse“ in Dresden, die Journalisten- und Schriftstellervereine in Darmstadt, Frankfurt, Hamburg, München, der Verein „Leipziger Presse“ in Leipzig, die literarische Vereinigung in Breslau, der Goethe-Bund in Königsberg, die Concordia in Wien und der Verein der Schweizerischen Presse, ferner die Verleger fast aller größeren Tageszeitungen, darunter solche aus Augsburg, Breslau, Leipzig, Dresden, Gießen, Ludwigshafen, Würzburg, Hannover, Königsberg, Landau, Albstadt, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Nürnberg, Wiesbaden und Wien an. Der Jahresbericht hebt hervor, daß die Unternehmung der Redakteure und jetzt angestellten Journalisten unter den staatlichen Verfügungen eine Anerkennung und Reduktierung der Pensionsansprüche Deutscher Journalisten und Schriftsteller und ihrer Ziele bedeute. Die Anstalt begriffe das Gesetz ungeachtet seiner ungeliebten Schwächen, weil es auf dem Wege des gesetzlichen Zwanges etwas erreicht, was die Pensionsansprüche trotz präventivem Bemühen — von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — nicht zu erreichen vermochte; die Heranziehung der Verleger zur Beitragsleistung. Voll Vertrauen auf die werbende und fleghaste Kraft der in ihr verkörpertem Ideen treue die Anstalt in das dritte Jahrzehnt ein. Durch die vor einigen Jahren erfolgte Angleichung der Witwen- und Waisenversicherung habe die Anstalt ihrem sozialen und humanitären Bau den Feinschnitt gegeben, durch die Anstalt rückwärts verkehrt geblieben, ein Zeugnis des kollegialen Geistes ihrer Mitglieder. In den verflochtenen 20 Jahren wurden von 1576 Mitgliedern 1695 Versicherungen abgeschlossen. Hiervon treffen auf die Alters- und Invaliditätsversicherung 1476 Mitglieder mit 1593 Versicherungen, auf die Witwen- und Waisenversicherung 100 Mitglieder mit 102 Versicherungen. Die jährlichen Leistungen der Mitglieder ließen betriebend die Schulle auf die wirtschaftliche Lage der Kollegen zu. Die gesamten Prämienentnahmen der letzten 20 Jahre stellten sich auf 1 566 652 Mark; hiervon treffen 1 471 905 Mark auf die Alters- und Invaliditätsversicherung und 84 647 Mark auf die Witwen- und Waisenversicherung. An außerordentlichen Einnahmen wurden 707 980 Mark, an Zinsen 723 265 Mark erzielt. Im Pensionensystem befinden sich derzeit und 200 Mitglieder. Im Renten hat die Anstalt seit dem Beginn der Pensionszahlung im Jahre 1888 auf 175 000 Mark, an Zulässigen und 84 000 Mark, an Unterhalt, an Unterhaltungen wurden und 25 000 Mark gewährt. Die Vermittlungsstellen erforderten in den 20 Jahren und 300 000 Mark; sie wurden nicht aus den Beiträgen der Mitglieder, sondern aus außerordentlichen Einnahmen gedeckt. Die Anstalt würde es liebhaft bebauern, wenn durch das Eingreifen des Staates sie zur Anlage eines auch nur kleinen Teiles ihrer Mittel in Staatspapieren gezwungen wäre, was sich aus den Vorgehens am Effektenmarkt in den letzten Jahren ohne weiteres erklärt.

Für das laufende Jahr ist als Jubiläumsgabe eine Erhöhung des Zulufusses von 80 auf 100 Mark vorgelesen. An außerordentlichen Einnahmen wurden im verflochtenen Jahre 20 023,23 Mark erzielt, darunter 2000 Mark von der Berliner Verlagsgesellschaft S. Fischer und 500 Mark von der Festspielleitung in Oberammergau. Das Gesamtvermögen beläuft sich zurzeit auf 2 312 559,30 Mark. Der Berichtserichter eröffnet zum Schluß von dem Angelegentlichkeitsverhältnis einer Anregung für alle deutschen Redakteure, Journalisten und Schriftsteller, dem Versicherungsgesamten näherzutreten. Zu warnen sei vor einer weiteren Zerstückelung der im Journalistenstande vorhandenen sozialen Kräfte durch Gründung von Alters- und Jubiläumsgesellschaften, deren praktische Bedeutung sehr zweifelhaft ist; wie auch die hochherzigen Intentionen der Schöpfer nicht zu verkennen seien. Wichtig sei es, die altgediente Pensionsanstalt auch weiterhin zu unterstützen, die politische und sonstige Grenzen überwindend, die Vertreter des deutschen Schrifttums zu gemeinsamer Arbeit im Dienste eines großen Friedens- und Kulturwertes vereine.

Giebielen, 25. September 1890.

Ich lese ziemlich, schreibe wenig, verkehre nur mit einzelnen Mitmenschen aus Gottha, lasse mich in die sozialen Verhältnisse meines Landes — 1900 [sic] [sic] einweihen [sic] und lerne aus dabei allerlei. — Wer ist denn derjenige, der ich nur aus den Zeitungen, gar den Tag über, meine Gemütsruhe. Es geht Ihnen, wie ich merke, auch wie man anderen. Um zwei ernste Männer zusammenzutreffen, liegt das Gedräng unvermeidlich über den Reisestücken. Die Berliner, der Quelle am nächsten, sind die größten Schwarzseher. Von allen Begegnungen war die mit dem Kaiser von Österreich wohl die angemessenste und die wirksamste. [sic] ist merkwürdig, wie herzlich und innig, einem Sohne ähnlich, sich Jung-Wilhelms gegen den Oesterreicher darstellt, so ganz anders, als dieser von seinen Verwandten genötigt ist, und es mag wohl sein, daß diese Vertraulichkeit des Jüngeren eine trügliche Einwirkung auf Franz Josef gehabt hat, der diesem Hohenzollern gegenüber nicht die frühere Feindseligkeit auf den Schlachtfeldern zu vergessen hatte. Diese Zuneigung, gemacht oder wahr, ist jedenfalls ein erfreuliches Symptom an unserem Herrn, entweder große Achtung oder eine unermessliche feindliche Feindseligkeit zu behaupten, so ist das beobachtete Verhalten über derzeitigen familiären allerdings nicht viel besser als ein Spiel. Denn die Mischung früheren Lebens in die Reime der späteren Generationen vermag keine Wissenschaft zu schematisieren; die Mischung der Vorfahren in dem Leben der Entel ist ja unermesslicher Variationen fähig und wird durch die Zeiterhältnisse, Bildung und das eigene Leben der Entel fortwährend nuanciert. In dem vorliegenden Falle sind es einige Charakterzüge der Urgroßmutter Julie von Gottha, welche sich in dem Wesen des jetzt lebenden hohenzollernischen Geschlechtes zu wiederholen scheinen. Nicht allein nach Meinung fremder Beobachter, auch Kinder des Hauses selbst leiten Besonderheiten von ihr her. Die Dame, von ihrem Gemahle, dem [1844] verstorbenen) Herzog von Koburg, getrennt, verzog als Frau v. Z. in der Schweiz; ihr Vater war Herzog August von Gottha [1822]; der erste Kaiserliche Krieg [sic] [sic] dem Napoleon I. bei dessen ersten Besuch einen Prachtwagen in Gestalt eines Totenkopfes haken ließ.

Giebielen, 12. September 1890.

mehr läge es im Interesse der jungen Juristen, wenn die Bekämpfung des § 33 Abs. 2 endlich einmal allgemein angewendet würde. Die Referendare werden viel zu sehr ausgezehrt für reine Schreibarbeit, für langweiliges Protokollieren und nach dem stiftet schreiben. Es gibt Gerichte, die den Fall sämtlicher Protokollarbeit durch die Referendare, die fast immer am Ende ihrer Ausbildung stehen, aufgenommen werden müssen. Und die prinzipiellen Untersuchungsrichter haben in der Regel als Protokollführer andere Personen als Referendare offiziell überhaupt nicht zur Verfügung. Das ist nicht nur eine unnütze Verschwendung einer Zeit, die ganz anders ausgenutzt werden könnte, sondern auf diese Weise wird auch die Berufsfreiheit und der Eifer der jungen Juristen sehr in Frage gestellt. Ohne ein gewisses Maß selbstständiger, verantwortungsvoller Beschäftigung wird man in den meisten Fällen bei Menschen dieses Alters und jeder intellektuellen Ausbildung andere Gefühle als die der Unlust hervorbringen können.

Eine praktisch besonders bedeutsame Neuerung bringen die Vorschläge über die Ernennung der gewählten Kandidaten in Präsidien und die Wahl der Präsidenten der Oberlandesgerichte. Diese dürfen in Zukunft nur noch so viele Referendare in ihrem Bezirk aufnehmen, als tatsächlich mit Erfolg ausgebildet werden können. Und während der Vorbereitungssicht kann der Referendar „insbesonder auch im Interesse einer zweckmäßigeren Ausbildung“ in einen anderen Oberlandesgerichtsbezirk dauernd oder vorübergehend überwiesen werden. Diese Bestimmungen kommen dem Wunsch nach, einem besseren Schutz gegen die Überfüllung des juristischen Berufs und gegen den übermäßigen Andrang in besonders bevorzugten Bezirken um ein beträchtliches Stück entgegen, und sie werden bei energischer Durchführung eine größere Zahl der jungen Juristen veranlassen, in einem Zeitpunkt ihren Beruf aufzugeben, der einen Wechsel noch erträglich machen würde. Ein *mutuus clavus* ist nach der neuen Ordnung allerdings nur insofern gegeben als kein weiterer Referendar in die Staatsliste aufgenommen werden darf, wenn alle Oberlandesgerichtsbezirke überfüllt sind.

Deutscher Journalisten- und Schriftstellertag.

(Telegraphischer Bericht.)

Stuttgart, 26. Juni.

Der Verband der Deutschen Journalisten- und Schriftstellervereine, der vor 20 Jahren in München unter dem Protektorat des verstorbenen Prinzregenten Luitpold von Bayern als erste umfassende deutsche Presseorganisation ins Leben gerufen wurde und dem heute alle bedeutendsten Pressevereinigungen des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns und der Schweiz angehören, trat heute hier zu seiner diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Frage der journalistischen Fortbildung, der Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse, des Abens, Schriftsteller und Kinematographisten, des Verkäufers der sog. Selbstbiographien, die Abgrenzung der deutschen Sprache durch die deutsche Presse u. a. m. Auch ist ein Empfang durch den König von Württemberg und eine Fahrt nach Friedrichshafen vorgesehen, wo dem Deutschen Journalisten- und Schriftstellertag auf Einladung des Grafen Jepsen ein Lustschiff vorgefahrt werden wird.

Die Verhandlungen leiteten am heutigen Nachmittag die Hauptversammlung der Pensionsanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller mit dem Sitz in München ein, die ebenfalls im Jahre 1903 ins Leben gerufen wurde und sich die soziale Fürsorge für die deutschen Redakteure, Journalisten und Schriftsteller zur Aufgabe gemacht hat. Der Anstalt haben sich im Laufe der Zeit über 1500 deutsche Redakteure, Journalisten und Schriftsteller angeschlossen und eine große Anzahl hervorragender deutscher Tageszeitungen in München, Breslau, Nürnberg, Magdeburg, Stuttgart, Berlin, Chemnitz und Gießen haben ihre Redakteure bei der Anstalt versichert und dadurch lange bevor das Gesetz über die Versicherung der Angestellten in Kraft trat, für die Zukunft ihrer Mitarbeiter zu sorgen sich bemüht. Aus dem Jahresbericht, den der Schriftführer der Pensionsanstalt, Redakteur Praeger (München), vorlegte, geht hervor, daß die Anstalt in Berlin, Breslau, Chemnitz, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Gießen, Frankfurt, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Königsberg, Leipzig, München, Nürnberg, Stuttgart, Trier, Wien und

Giebielen, 12. September 1890.

Auch Ihnen sind, wie uns allen, die Augen schwarz auf den Raub gefehlt; man möchte aus der Gegenwart einiges für die Zukunft hoffen. Da muß ich Ihnen auch ein intimes Urteil von Schmeide mitteilen. Dieser war, wie Sie wissen, mehrere Jahre Adjutant des Herzogs, in einer Zeit, wo der Herzog täglich mit seinem Adjutanten verkehrte und sich von ihm fast überall hin begleiten ließ. Habe ich hatte also reichlich Gelegenheit, die Natur des Herzogs kennen zu lernen. Jetzt ist er dem Kaiser gegenüber in derselben Lage. Er sagte nun neulich seinem hiesigen Vertrauten, der beim Herzog gegenwärtig als militärischer Begleiter fungiert, daß ihm nie eine größere Neugierde vorgekommen sei als in dem Wesen des Kaisers und dem seines Oheims. Und ich meine, er hat nicht unrecht. Wie Jung-Wilhelm in seinem Trauern viel mehr dem Prinzip von Waleis und Götting (in ihrer Jugend) gleicht als einem Hohenzollern, in Kopfform und Gliedmaßen, so hat auch seine Seele ein anderes nuanziertes Geigte. Die Selbstsucht ist anders, sein Ehrgefühl der Hohenzollerns, das zuweilen Eigenwilligkeit über sich hier eine weit höhere Reifezeit [sic] ein künftiges Mitleidendes Springen um die Hindernisse, hat bei inneren Ehrgefühl und dem bescheidenen Selbstbewußtsein, das bei manchen der früheren Unbestimmtheit wurde, hier übermäßiges Vertrauen auf Stellung und Machtmittel, auf die Theaterwirkungen des Augenblicks, in den hohenzollern größerer Wahrheit und Zuverlässigkeit, hier überzogenes Streben nach dem Schein, überzogene Freude an den Wirtungen. Noch glaubt der junge Herr an sich; aber er ist in Gefahr, daß diese Vertrauen, sein moralischer Halt, zuletzt kleiner wird. ... Ueber ihre geheime Courage sind die hohen Herren untereinander nicht viel unterrichtet, und es wird in diesen Kreisen als ein Glück betrachtet, daß der Kaiser vom Rufstand trotz seiner Wannentum im Grunde ein Feigling ist. — Wer Kaiser ist, muß sich gefallen lassen, daß die Seitenlinien ihm auf dem Gesichte liegen. ...

Dafür ist kein auf dem Gesichte liegen. ... Daher ist kein auf dem Gesichte liegen, den schillernden [sic] auf den Hals geschick hat, mehr er ihm für eines seiner Mütter Steffielen und das alte Haus abzeichnen soll. ...

mit ergänzender Besteuerung der ganz hohen Einkommen, sondern ein partiellisches Nebeneinander von Einkommen- und Vermögenssteuer. Die Kommission unterwarf Einkommen von 5000 Mark an der Steuerpflicht (während von denjenigen, die die Regierungserfolge in dieser Richtung kritisieren, eine Grenze von 20.000, 12.000, 10.000 Mark genannt worden war). Diese Herabsetzung der Einkommen zwischen 5000—10.000 Mark erfolgt begrifflichweise bei den hier mit tangierten Privatangehörigen lebhaften Widerspruch. So entziehen wir einem von Dr. Steiniger in der „Deutschen Volksrechtler-Zeitung“ veröffentlichten Aufsatz über den Wehrbeitrag folgende beachtenswerte Ausführungen:

„Man muß sich fragen, ob denn vom Standpunkte Steuerlicher Gerechtigkeit die Einbeziehung der Einkommen von 5000 bis 10.000 Mark zu billigen ist. Das aber kann, wie gesagt, kundig verneint werden. Unter den Einkommen von 5000—10.000 sind zunächst sehr viele, die eine außerordentliche, Feuerliche Belastung nicht ertragen. Vor allem sind das jene Privatrentner, die nach langem langem Aufstieg in verhältnismäßig vorerhöhtem Lebensalter erreicht und von diesen erheblichen Klüften gemacht werden müssen, weil in eben diesem vorerhöhten Lebensalter die Existenzsicherheit sich bedenklich zu verringern beginnt. In diesen Einkommen, die äußerst hoch sein können, steht trotzdem kein Überfluß; das Wehr über den notwendigen Verbrauch gibt nur die Möglichkeit (die meist durch lange Jahre höchster Bezahlung gefestigt hat), die Zukunft der Familie gegen sie sich immermehr steigende Gefahr eines wirtschaftlichen Niedergangs oder gar einer wirtschaftlichen Katastrophe wenigstens einigermaßen abzufangen. Wer nach langen Kämpfen endlich über das Existenzminimum hinausgekommen ist, soll hohe Versicherungsprämien zahlen; für die Besteuerung gibt es leistungsfähigere Subjekte.“

In den neuen Steuerentwürfen

sind im Reichstag nicht weniger als 111 Petitionen eingegangen. Der Verein Berliner Kaufleute und Industriellen fordert als Mindestmaß dessen, was dem Gebote der Billigkeit entspreche, daß für Aktien ohne Börsennotiz eine Nebenprozentage, für G. m. b. H.-Anteile eine achtprozentige Rentabilität bei der Verfestigung für den Wehrbeitrag zugrunde gelegt werde.

Die „Kreuzzeitung“ sagt in einem Artikel „Vor erster Entscheidung“. Für das jetzt in Aussicht genommene Kompromiß kann die konservative Partei die Verantwortung nicht übernehmen. Diese ruht im wesentlichen auf den verbündeten Regierungen, den Parteien der Linken und dem Zentrum.

Kein Besuch des Kaisers in Gmunden.

Der Kaiser wird in der nächsten Zeit dem Herzog von Cumberland in Gmunden noch keinen Besuch absetzen. Die offiziöse „Nordd. Allgem. Zig.“ meldet das in der folgenden, etwas eigenartigen Form:

„Gegenüber dem mehrfach in der Presse auftauchenden Gerüchten über einen bevorstehenden Besuch des Kaisers und Königs in Gmunden sind wir ermächtigt, mitzuteilen, daß in den nächsten Monaten, für die der Kaiser bereits seine Dispositionen getroffen hat, ein solcher Besuch nicht beabsichtigt ist.“

Die „nicht empfangene“ Wessendeputation. Die Nachricht, daß Prinz Ernst August als abgelehnt habe, eine Wessendeputation als Honorar zu empfangen, die während seines Aufstiegs in Würdigen Würdungen ihm über seinen Brief an den Reichskanzler erhitzen mochte, wird von maßgebender Seite in Gmunden als gänzlich unzutreffend bezeichnet.

Der neue amerikanische Botschafter in Berlin.

In Stelle des zurückgetretenen Dr. Weissmann wurde der New Yorker Oberbürger James W. Gerard zum Botschafter in Berlin ernannt. Er teilte mit dem „Imperator“ nach Europa ab.

Gerard ist in Genesee, einem Städtchen im Staate New York, im Jahre 1867 geboren. Seit dem Jahre 1908 bekleidet er sein jetziges Amt. Politisch zählt er zur gemäßigten Richtung der Demokraten, für die er als Vorstand des demokratischen Wahlvereins im Staate New York vier Jahre tätig war. Das hohe Richteramt, das Gerard inne hat, hindert ihn nicht, als Sportsmann auf den verschiedensten Gebieten sich zu betätigen. So gehört er dem Jagdklub und dem Athletenklub Newports an. In der Militz bekleidete er den Rang eines Majors.

In Stelle des zurückgetretenen Dr. Weissmann wurde der New Yorker Oberbürger James W. Gerard zum amerikanischen Botschafter in Berlin bestimmt. Er teilte mit dem „Imperator“ nach Europa ab. Gerard ist 46 Jahre alt und genießt den Ruf eines ebenbürtigen wie gemäßigten Mannes, der sich bei allen politischen Kämpfen durch Zurückhaltung auszeichnete. Das hohe Richteramt, das Gerard inne hat, hindert ihn nicht, als Sportsmann sich auf den verschiedensten Gebieten zu betätigen.

Die sozialdemokratische Fraktion wählte an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Kaden den Hg. Ledebour in den Vorstand.

Die auf einer Deutschlandreise begriffenen Mitglieder der American Society of mechanical Engineers, etwa 200 Herren und 100 Damen, trafen Donnerstag, von Dresden kommend, in Berlin ein und wurden am Abend in den Festräumen des Weinhauses Rheingold von dem Berliner Bezirksverein des Vereins deutscher Ingenieure festlich begrüßt. Der Freitag ist der Beschäftigung der bedeutendsten Berliner Betriebe gewidmet.

Heer und Flotte.

Der neuernannte kommandierende General des 8. Armeekorps, Generalleutnant Kiff u. Tischep und Weidenbach, besichtigte bisher die 12. Division in Heide. Am 12. Februar 1874 wurde er Leutnant, 1884 Oberleutnant, kam in den Generalstab und hat diesem in den verschiedensten Dienstgraden angehört, unter anderem auch als Chef des Stabes des 16. Armeekorps unter Graf Saeferle. Als Oberst kommandierte er das Infanterieregiment Helfen-Bomburg Nr. 166 in Hanau, erhielt als Generalmajor die 10. Infanteriebrigade in Frankfurt a. D. und wurde als Generalleutnant Kommandeur der 12. Division. Beim Regierungsjubiläum des Kaisers erhielt er den erbliehen Adel. Er gilt als überaus fähiger und zugleich wohlwollender Offizier.

Kleine vermischte Nachrichten.

Wehrbeitrag und Aktienbesteuerung. Gegen den Beschluß der Budgetkommission des Reichstages, beim Wehrbeitrag Aktien ohne Börsennotiz, Rente und Anteile von Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf das 162fache des Durchschnitts der während der letzten drei Geschäftsjahre verteilten Gewinne zu bewerten, protestiert der Verein Berliner Kaufleute und Industriellen in einer Eingabe an den Reichstag. Der Verein fordert als Mindestmaß dessen, was dem Gebote der Billigkeit entspreche, daß für Aktien ohne Börsennotiz eine Prozentage, für G. m. b. H.-Anteile eine Prozentige Rentabilität bei der Verfestigung für den Wehrbeitrag zugrunde gelegt werde.

Hof- und Personalmnachrichten.

Der Kronprinz Mandbergart der Familie Bismarck in Paris? Der „Kos. Zig.“ wird aus Danzig gemeldet: Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei den diesjährigen Herbstmanövern des 17. Armeekorps der deutsche Kronprinz als Kommandeur seines Leibbataillons Quartier beziehen bei der Gräfin von Bismarck auf Paris. Das Hofmarschallamt Danzig und auch das Bureau des 1. Leibbataillonsregiments haben auf Anfrage allerdings mitgeteilt, daß Endgültiges darüber noch nicht feststeht.

Fürst Wilow ist zu einem etwa achtstägigen Besuche in der sächsischen Hauptstadt eingetroffen. Der dortige preussische Gesandte ist sein jüngerer Bruder.

Ausland.

Barthous Rede für die 3 Jahre.

In Paris erklärte in der Kammer Ministerpräsident Barthou: die Regierung müsse darauf achten, was der Gegner tue. Infolge der Pläne des Nachbarvolkes habe sie die Verlängerung der Dienstzeit ins Auge gefaßt. Der Minister widersprach noch einmal der Fabel, daß Ausland gelegentlich der Reise Poincarés die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit gefordert habe. Die beiden verbündeten und befreundeten Nationen hätten natürlich militärische Unterhaltungen gepflogen. Man kenne die Absichten Russlands und könne auf seine Mitwirkung zählen. (Lebh. Beifall.) Der Minister zitierte das „Berliner Tageblatt“, nach dem keine französische Regierung, kein französisches Parlament die dreijährige Dienstzeit vorgeschlagen haben würde, wenn in Deutschland nicht so gewaltige Entwürfe vorgelegt worden wären. Unter mehrländigen Unterbrechungen von der äußersten Linken führte der Minister die Ziffern der deutschen Gesehwürse aus den letzten zwei Jahren an, die den Verstärkungen der vorhergehenden 37 Jahre gleich seien. Wenn die deutsche Armee 870.000, die Franzosen in ihrem gegenwärtigen Stande höchstens 480.000 Mann zählten, so sei zwischen den beiden Armeen, die gleicherweise die Sicherheit ihres Vaterlandes zu schützen hätten, ein Abstand von 400.000 Mann. Es handle sich darum, diese Lücke zu schließen. Nur die dreijährige Dienstzeit könne die nötige Zahl sichern. Frankreich müsse dem Streben Deutschlands folgen, möglichst wenig Reservisten in die Truppenteile der ersten Linie einzustellen, und in Friedenszeiten deren Kriegstärke möglichst nahe zu kommen. Die großen Massen wären sehr nützlich und notwendig, aber sie können leicht zu spät auf das Schlachtfeld. (Unterbrechungen durch starken Beifall der Mehrheit und Widerspruch der Sozialisten.) Der Minister las eine Erklärung des deutschen Kriegsministers vor, daß es nötig sei, Frankreich schnell einen entscheidenden Schlag beizubringen, um sich dann gegen Rußland wenden zu können. Die Regierung werde immer wieder die Vertrauensfrage stellen. Der Heroismus von 1870 habe die grausame Amputation nicht verhindern können, unter der das Land noch heute leide. Der Friede Europas beruhe auf dem Gleichgewicht der beiden Mächtegruppen. Gleichgewicht könne nur durch beiderseitige Kräfteaufstellung gehalten werden. Der Reichstagler habe sich ganz ähnlich erklärt. Frankreich habe seine Friedfertigkeit bewiesen, aber auch gezeigt, daß es bereit sei, seine Pflicht mit Würde zu erfüllen und

keine Demütigung zu ertragen. (Stürmischer Beifall.) Das Volk müsse wissen, daß es sich auf die Macht stütze. (Lebhafte Ovationen.)

Keine Gnade für den Deutschen Grobe.

In London im englischen Unterhaus fragte der Abgeordnete Ring (Radikal), ob beachtlich sei, Heinrich Grobe, der wegen Spionage verurteilt worden ist, freizulassen. Mac Kenna erwiderte, die britische Regierung würde wohl die von der deutschen Regierung im Falle der drei britischen Offiziere gezeigte Milde an, wenn jetzt ein deutscher Offizier hier wegen Spionage verurteilt werde, würde es der britischen Regierung viel Vergnügen bereiten, in der gleichen Weise vorzugehen wie die deutsche Regierung. Grobe sei aber kein Offizier der deutschen Armee; sein Strafregister schließe die Verurteilung zu Zuchthaus in Singapur ein, weil er falsche Notizen in Umlauf gesetzt habe. So könne dieser Fall nicht mit dem Fall der britischen Offiziere zu vergleichen sein. (Beifall.) Ring fragte, ob daraus zu schließen sei, daß es ein Geheiß für Serzen mit großem Einfluß und ein anderer Geheiß für gewöhnliche Arbeiter gebe. (Rufe: Ja! Ja!) Mac Kenna erwiderte, er verändere nicht die Wichtigkeit dieser Frage. (Beifall.)

Norwegen beschränkt die Rechte des Königs.

Wie der „Kos. Zig.“ aus Christiania gemeldet wird, hat das norwegische Storting mit 92 gegen 23 Stimmen das Recht des Königs den Stortingbeschlüssen gegenüber abgelehnt.

Provinzial-Nachrichten.

Tennstedt, 26. Juni. (Selbstmord.) Am Tage nach dem Brand auf den Gehöften der Banndörke Otto Huseland und Herrn Krotow wurde die Frau des Hermann Krotow verhaftet. Nach dem Bericht ging sie in ihre Wohnung, schrieb an die Offiziere, daß sie unzufrieden verheiratet sei, und erbrachte sich.

Jerich, 26. Juni. (Vor 50 Jahren) nahmen die Erdarbeiten der Jerich-Röhre Eisenbahn auch auf der Strecke von Jerich nach Büttchen im Juni ihren Anfang. Unsere Stadt wurde durch den Bau dieser Strecke, die am 1. November 1863 eröffnet wurde, mit Dessau und Leipzig verbunden. Die erste Bahn, durch die das Herzogtum Anhalt an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurde, war die Strecke Magdeburg-Cöthen-Halle.

3. Monatsfest, 26. Juni. (Die diesjährige Kreislehrerkonferenz des Mansfelder Gebirgskreises) fand heute im Preussischen Hofe hierseits unter Vorsitz des Herrn Kreisfahndungsinspektors Huth statt. Nach Bekanntgabe einiger Ministerial- und Regierungsvorlesungen hielt zunächst Herr Weidenhagen aus Magdeburg einen Vortrag über Weiterentwicklung. Seine Vortragsreden erzielten sich auf Weiterentwicklung, Weiterarbeit, telegraphischen Weiterdienst, Barometerstand, Erdumdringung, Winde, Witterung, Tages, Sods, Wasser- und Eiswolken, Drahtforschungen, Ballone usw. Sodann hat Herr Lehrer Tempel aus Hildesorf einen Vortrag über das von der königlichen Regierung zu Werberg gestellte Thema: „Der Geschichtsunterricht in der Volksschule unter Bezugnahme auf die ministeriellen Weisungen vom 31. Januar 1906.“

Sonneberg, 26. Juni. (Strafusschreitungen.) Zur Lohnbewegung in den hiesigen Erportbetrieben gibt der Magistrat warntend bekannt, daß die Sicherheitsorgane bei tätlichen Angriffen bereit sind, von ihren Sicherheitskräften Gebrauch zu machen. Veranlassung dazu geben die Verfälle in den letzten Tagen, bei denen Schutzleute und Feldjäger tätlich angegriffen wurden. Am Dienstagabend ist es in der Nähe des Güterbahnhofs wiederum zu Ausschreitungen gekommen. Ein Arbeitertrupp wollte das Lastautomobil, das für eine Firma Kisten abrollt, nicht passieren lassen und verpörrte den Strafeneingangs, wobei es zu Tätlichkeiten kam, die Feldjäger mußten sogar von der Schutzmannschaft Gebrauch machen. Am nächsten Morgen gebürdeten sich wieder die Frauen, von denen eine niedergeboren wurde, so daß sie vom Platz getragen werden mußte.

Verantwortlich für den polit. Teil i. V.: Eugen Brinmann; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Brinmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; f. d. Anzeigenenteil: i. V. Paul Flubacher; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

In höherer Gunst!

Revue
Cigaretten

mit seidenden Sammel-
Wappenbildern

Geschäftshaus

Der grosse

Inventur-Ausverkauf

beginnt Dienstag
den 1. Juli.

J. J. Beilmann

eine durch auffallende Preisermäßigungen
; weit und breit bekannte Sensation ;;

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

